



Harald Ebner MdB
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecher für Gentechnik- und
Bioökonomiepolitik



Nicole Maisch MdB
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Verbraucherpolitik



Peter Meiwald MdB
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecher für Umweltpolitik

Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Frau Dr. Barbara Hendricks

11055 Berlin

Berlin, den 26. Mai 2017

Offener Brief zur EU-Abstimmung am 30. Mai 2017 über die Kriterien zur Identifizierung hormonell schädlicher Stoffe bei Bioziden und Pestiziden

Sehr geehrte Frau Ministerin,

am kommenden Dienstag, den 30. Mai 2017, ist auf EU-Ebene eine Abstimmung unter den Mitgliedsstaaten über die Ausgestaltung der Kriterien zur Identifizierung von hormonell schädlichen Stoffen (endokrinen Disruptoren) vorgesehen.

Die Weltgesundheitsorganisation bezeichnet endokrine Disruptoren als „globale Bedrohung“. Wissenschaftliche Studien belegen einen Zusammenhang mit vielfältigen Gesundheitsschäden wie Unfruchtbarkeit, Stoffwechselerkrankungen, Prostata- und Brustkrebs sowie Diabetes. Erwiesen sind auch negative Auswirkungen auf die Fortpflanzung, das Verhalten und die Populationen von Wildtieren. Und die Forschungsergebnisse der letzten Jahre deuten darauf, dass wir viele Gefährdungen durch diese Stoffe noch gar nicht kennen. Um der Schutzverantwortung des Staates für Mensch und Umwelt nachzukommen, muss die Exposition gegenüber diesen Substanzen möglichst zügig, umfassend und wirksam verringert werden.

Sie, Frau Ministerin, haben am 30. November 2016 im Online-Tagebuch Ihres Ministeriums zu Recht betont, dass die Kriterien für die Identifizierung endokrin schädigender Stoffe in Pflanzenschutzmitteln und Bioziden so ausgestaltet sein müssen, „dass Mensch und Umwelt effektiv vor solchen Stoffen geschützt werden“ und „das Vorsorgeprinzip zur Geltung“ kommt. Die Position Ihres Hauses zum Vorschlag der EU-Kommission werde davon „maßgeblich bestimmt sein, ob durch ihn ein echter Gewinn für den Schutz der Umwelt vor endokrin schädigenden Stoffen erreicht wird oder nicht.“

Ihrem selbst formulierten Anspruch wird der zur Abstimmungsstehende Kommissionsvorschlag nach Analyse von Umwelt- und Verbraucherverbänden, Ärzteorganisationen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einschließlich der Endokrinen Gesellschaft sowie mehreren Mitgliedsstaaten wie Frankreich und Schweden aber keinesfalls gerecht.

Ganz im Gegenteil: die EU-Kommission legt die Hürden für die Identifizierung eines hormonellen Schadstoffes so hoch, dass wahrscheinlich kaum eine Chemikalie entsprechend eingestuft und verboten werden dürfte. So reicht nicht allein der Nachweis einer schädlichen Wirkung aus, sondern es wird zusätzlich eine Darlegung des entsprechenden Wirkmechanismus verlangt. Diese extrem hohe Anforderung an die Beweislast ist nach Einschätzung vieler Expertinnen und Experten in der Praxis oft gar nicht erfüllbar oder wird viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, in Anspruch nehmen. Dies wird schon allein daraus deutlich, dass für einige Wirkmechanismen bis heute keine geeigneten Testverfahren existieren. Dieser Kriterienvorschlag würde also dazu führen, dass die meisten dieser gefährlichen Substanzen nicht aus dem Verkehr gezogen werden, selbst wenn ihre schädlichen Wirkungen wissenschaftlich ausreichend belegt sind. Dies widerspricht klar dem Vorsorgeprinzip und lässt Mensch und Umwelt auch zukünftig weitestgehend ungeschützt.

Aufgrund der massiven Gefährdung von Gesundheit und Natur sind Pestizidwirkstoffe mit endokrin schädlicher Wirkung (entsprechend den Cut-Off-Kriterien) wie andere Substanzen mit besonders gefährlichen Eigenschaften in der EU aus guten Gründen grundsätzlich nicht zulassungsfähig. Doch die Vorlage der Kommission zielt – auch auf Initiative Deutschlands hin – darauf ab, dass Wirkstoffe, die auf das Hormonsystem von Schädlingen wirken, künftig qua Definition nicht mehr als endokrine Disruptoren eingestuft werden. Damit wird der geltende Verbotssatz bei Hormongiften in Pestiziden und Bioziden aufgehoben. Außerdem wird mit einem Freibrief für diese Wirkstoffe ein Fehlanreiz zur verstärkten Entwicklung solcher Schädlingsbekämpfungsmittel gesetzt, der zu mehr statt weniger Hormongiften in Lebensmitteln und Umwelt führen könnte.

Vor diesem Hintergrund können wir nicht nachvollziehen, dass Sie, Frau Ministerin, den jetzt vorliegenden untauglichen Vorschlag der EU-Kommission unterstützen wollen. Die meisten Expertinnen und Experten in Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind sich einig, dass mit diesen Kriterien ein „echter Gewinn für Mensch und Umwelt“ in der Realität nicht erreicht wird. Frau Ministerin, wir nehmen Sie beim Wort und fordern Sie daher auf, Ihre Zustimmung zu den vorgeschlagenen Kriterien zurückzuziehen und so zu verhindern, dass Deutschland diesem Kommissionsvorschlag zu einer qualifizierten Mehrheit verhilft.

Ein Scheitern der mangelhaften Vorlage bietet Ihnen die Chance, zusammen mit Frankreich, Schweden und anderen kritischen EU-Mitgliedsstaaten bei den restlichen EU-Partnern für eine deutliche und rasche Nachbesserung des Entwurfs zu werben, so dass er Ihren im November formulierten Ansprüchen entspricht.

Mit freundlichen Grüßen



Harald Ebner, MdB



Nicole Maisch, MdB



Peter Meiwald, MdB